

ANTRAG

der Abgeordneten Schindele, Hundsmüller, Pfister, Razborcan, Mag. Renner, Rosenmaier, Mag. Samwald, Mag. Scheele, Schmidt, Mag. Suchan-Mayr, Weninger, Wiesinger und Windholz, MSc

betreffend Beteiligung des Landes Niederösterreich am EU-Kommissions-Programm zur Aufnahme von 100 schutzbedürftigen Kindern aus Lagern auf den griechischen Inseln, insbesondere aus Moria

Die Zustände in den Lagern sind für junge AsylwerberInnen und MigrantInnen auf den griechischen Inseln schon seit Jahren nicht mehr menschenwürdig. Viele haben ihre Eltern verloren, die hygienischen Zustände sind furchtbar, die Menschen leiden anstatt zu leben. Die COVID-19 Pandemie hat diese untragbaren Zustände noch weiter verschärft. Laut UNICEF sind tausende Kinder und Jugendliche in diesen Lagern gefangen. Mittlerweile werden die Zustände aufgrund der Untätigkeit der EU-Mitgliedsstaaten, die auch nach 2015 keine gemeinsame, effiziente Asyl- und Migrationspolitik umgesetzt haben, immer schlimmer (https://fra.europa.eu/sites/default/files/fra_uploads/fra-2020-coronavirus-pandemic-eu-bulletin-1_en.pdf).

Bereits Anfang Februar forderte der UNHCR die Räumung des – auf 3.000 Personen ausgelegten und mit derzeit rund 13.000 Schutzsuchenden – heillos überfüllten und vor wenigen Tagen vollständig abgebrannten Lagers in Moria auf Lesbos (<https://www.theguardian.com/global-development/2020/feb/11/un-calls-for-urgent-evacuation-of-lesbos-refugee-camp>). Dieses Lager hatte bis zuletzt die schlimmsten Bedingungen (1.300 Menschen pro Wasserhahn und ohne Seife). Seit Mitte März appelliert das EU-Parlament an Griechenland, die Lager zu räumen (<https://www.europarl.europa.eu/news/en/press-room/20200323IPR75632/refugees-on-greek-islands-urgent-evacuation-to-prevent-spread-of-covid-19>). Auf eine Toilette in Moria kamen in etwa 300 Menschen. Moria ist bzw. war das größte Flüchtlingslager Griechenlands und Europas.

Für die Europäische Union, die sich in ihrem Vertrag über die Europäische Union auch zu den Grundwerten der Menschenwürde und zur Wahrung der Menschenrechte bekennt, ist das eine Schande. Immerhin kommt jetzt doch Bewegung in die Europäische Union, da sich zumindest Deutschland und Frankreich darauf verständigten, schutzbedürftige Kinder aus Moria aufzunehmen. Der österreichische Außenminister sieht dennoch weiterhin keinerlei Handlungsbedarf.

Die Ausbreitung des Coronavirus ist unter den in den griechischen Lagern herrschenden Bedingungen sehr wahrscheinlich: Die rund 40.000 Geflüchteten und MigrantInnen fristen in den Lagern ihr Dasein in unwürdigen Zuständen, ohne genügend medizinische Versorgung oder die Möglichkeit, sich regelmäßig die Hände zu waschen. Um eine humanitäre Katastrophe auf dem Terrain der Europäischen Union zu verhindern, hätten die Lager schon längstens geräumt werden müssen. Auch die Eindämmung eines tödlichen Virus und die Verhinderung explosiver gesellschaftlicher Spannungen ist ein europaweites Interesse. Bereits am 31. März appellierte der Vorsitzende des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres an alle EU-Staaten, sich solidarisch mit Griechenland zu zeigen und sich bei der Verteilung der Schutzbedürftigen zu beteiligen (<https://www.europarl.europa.eu/news/en/press-room/20200330IPR76106/refugees-in-greece-meps-demand-solidarity-warn-about-impact-of-health-crisis>).

Eine erste Verlegung für 1.000 besonders Schutzbedürftige ist durch eine Zusammenarbeit der EU-Kommission mit dem UNHCR, der Internationalen Organisation für Migration (IOM) und der griechischen Regierung geplant. Nun wählt ein Programm der EU-Kommission unbegleitete, schutzbedürftige Kinder aus den Lagern aus, überführt sie in spezielle und sichere Unterbringungen nahe Athen und finanziert deren Ausreise in andere EU-Mitgliedstaaten. Ein derartiges Programm entlastet auch das griechische Gesundheitssystem und ermöglicht den ausgewählten Kindern Rettung und Gesundheitsversorgung.

Am 23. März riefen 150 NGOs in Österreich und der EU in einem dringenden Appell zur sofortigen "Evakuierung der Flüchtlingslager und Hotspots auf den griechischen Inseln auf, um eine Katastrophe inmitten der Covid-19-Pandemie zu verhindern" (<https://orf.at/stories/3159053/>). Innerhalb von drei Tagen lag der Zuspruch zu diesem Appell bei über 300 NGOs, viele unter ihnen sind österreichische zivilgesellschaftliche und kirchliche Organisationen (<http://asyl.at/de/info/presseaussendungen/breiteunterstuetzungfuerappellzuevakuierungderlageringriechenland/>). In Österreich appellieren immer mehr Petitionen an ein humanes Vorgehen und Beteiligung an der Aufnahme von Menschen aus den Lagern, was die Bereitschaft widerspiegelt, sich hier der aufgenommenen Kinder anzunehmen.

Als erstes Land erklärte sich nach dem Brand in Moria Norwegen bereit, 50 Personen aufzunehmen, vorzugsweise Familien mit Kindern. Auch der Berliner Senat versprach, 300 Menschen aufzunehmen. Nordrhein-Westfalen will 1.000 Personen aus Lesbos holen.

Auch das Land Niederösterreich hat genügend Kapazitäten, um zumindest 100 schutzbedürftige Kinder aus den Lagern in Moria aufzunehmen und zu versorgen.

Jüngst wurde auch vom Wiener Landtag ein entsprechender Antrag mit breiter Mehrheit angenommen.

Die Gefertigten stellen daher den

Antrag

Der Landtag wolle beschließen:

„Die Landesregierung wird im Sinne der Antragsbegründung ersucht, an die Bundesregierung heranzutreten und darauf hinzuwirken, dass sich diese am EU-Programm beteiligt und die ausreichenden Kapazitäten für die Aufnahme von 100 schutzbedürftigen Kindern in Niederösterreich aufzeigt, um diesen Kindern eine positive Lebensperspektive zu geben.“

Der Herr Präsident wird ersucht, diesen Antrag dem Rechts- und Verfassungsausschuss zur Vorberatung zuzuweisen.